

5 **Zivilgesellschaftliche Freiwilligendienste stärken und ausbauen**

Freiwilligendienste leisten als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements einen wichtigen Beitrag für eine moderne, demokratische und solidarische Bürgergesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW wollen deshalb den qualitativen und quantitativen Ausbau der zivilgesellschaftlich organisierten Freiwilligendienste vorantreiben. Wir kritisieren strukturelle Fehlentscheidungen der Bundesregierung in diesem Bereich und fordern deren Korrektur. Gleichzeitig setzen wir uns auf allen Ebenen für eine verbesserte Anerkennungskultur für Freiwillige ein.

15 **Aussetzung der Wehrpflicht: richtiger Schritt, chaotische Umsetzung**

Der Bundestag hat mit den Stimmen der GRÜNEN beschlossen, die Wehrpflicht und die davon abgeleitete Pflicht zur Ableistung des Zivildienstes ab Juli 2011 auszusetzen. Die Beendigung der ungerechten und überholten Wehrpflicht war längst überfällig und wurde von uns seit langem gefordert. In der Aussetzung des Zivildienstes sehen wir zuerst die Aufgabe zur Schaffung zusätzlicher Pflegekräfte, ergänzend dazu auch eine Chance zur Stärkung des freiwilligen Engagements. Der Weg zur Aussetzung ist allerdings auch ein weiteres Beispiel für die schwarz-gelbe Chaospolitik: Im Koalitionsvertrag wurde noch eine Verkürzung der Dienste beschlossen, dann begann der damalige Minister Guttenberg seinen Zickzackkurs. Entsprechend schlecht vorbereitet ist der Übergang vom Pflichtdienst zur Freiwilligkeit sowohl bei der Bundeswehr als auch im bisherigen Zivildienst.

25 **Zivildienstkonversion gestalten statt Probleme verdrängen**

In den letzten 50 Jahren haben mehr als 3 Millionen Ersatzdienstleistende wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl übernommen. Insbesondere die Pflege- und Betreuungsaufgaben in Krankenhäusern, Jugendhäusern, Altenheimen, in der Behindertenhilfe und bei Rettungsdiensten sind die geläufigsten Einsatzgebiete von Zivildienstleistenden. In diesen Bereichen sind die erbrachten Leistungen von Zivildienstleistenden von hoher gesellschaftlicher und sozialpolitischer Relevanz. Wurden Kriegsdienstverweigerer früher als Drückeberger beschimpft, gelten Zivildienstleistende heute als gemeinwohlorientierte engagierte junge Männer. Zugleich war die Wehrpflicht ein erheblicher Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte, die Lebensplanungen und Bildungsbiografien junger Männer.

Die Konversion des Zivildienstes ist eine politische Herausforderung. Um die Aufgaben der Dienstleistenden zu kompensieren, bedarf es einer Gesamtstrategie. Die Qualität droht zu leiden, weil für den Sozialbereich keine tragfähigen Alternativen bereitgestellt werden. Gebraucht wird ein neuer Personalmix mit deutlich mehr regulär beschäftigten und gut bezahlten Pflegekräften, ergänzt um Freiwillige und einen sozialen Arbeitsmarkt. Das ist nicht billig. Die Konzepte und Mittel dafür werden von Schwarz-Gelb aber nicht zur Verfügung gestellt. Um gegen die Pflegemisere anzukommen braucht es eine große Kraftanstrengung - der Freiwilligendienstausbau ist dabei nur *ein* Teil der Lösung.

45 **Bundesfreiwilligendienst: Doppelstruktur zu bewährten Diensten**

Zeitgleich mit der Aussetzung des Zivildienstes plant die Bundesregierung - parallel zu den bestehenden und bewährten Jugendfreiwilligendiensten - einen staatlichen Bundesfreiwilligendienst einzurichten. Die Dauer des Dienstes soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate als Vollzeitbeschäftigung (bei über 27-Jährigen soll der Dienst auf 20 Wochenstunden verringert werden können) absolviert werden. Die Freiwilligen sollen ein Taschengeld erhalten. Wir kritisieren, dass der neue Bundesfreiwilligendienst eine Parallelstruktur zu den bestehenden Freiwilligendiensten schafft. Der

staatsfixierte Bundesdienst tritt das Träger- und Subsidiaritätsprinzip mit Füßen. Er konkurriert mit  
 55 bewährten Freiwilligendiensten zivilgesellschaftlicher Träger, insbesondere dem FSJ und dem FÖJ. Wir  
 fordern stattdessen, die Anstrengungen auf den Ausbau dieser Erfolgsmodelle zu konzentrieren.

Die Doppelstruktur führt zu Ungleichbehandlungen. Es ist ein schwerer Fehler, dass  
 Bundesfreiwilligendienstleistende keinen Kindergeldanspruch haben werden. Die Bundesregierung hat  
 60 zudem sträflich versäumt, frühzeitig Gespräche mit den Ländern über den Freiwilligendienst-Ausbau  
 aufzunehmen. Ministerin Schröders Lippenbekenntnisse zur Anerkennungskultur können konkretes  
 Handeln u. a. über die Kultusminister- und Jugendministerkonferenz nicht ersetzen. Sie muss gemeinsam  
 mit den Ländern die Attraktivität der Freiwilligendienste erhöhen. Dazu gehören Vergünstigungen für  
 Freiwillige ebenso wie ein erleichterter Hochschulzugang.

Klare Qualitätsstandards müssen verabredet und der Freiwilligenstatuts gesetzlich geregelt werden. Wir  
 65 fordern daher ein Freiwilligendienststatusgesetz, das die rechtlichen Rahmenbedingungen für diesen  
 besonderen Teil des zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements entscheidend  
 verbessert. Dabei müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen etwa der Dienste im  
 70 Inland, in Europa und in Entwicklungsländern berücksichtigt werden. Notwendig ist eine rechtliche  
 Definition und Regelung als „arbeitsmarktneutrale, gemeinnützige Bildungsdienste“. Mit einem  
 Freiwilligendienststatusgesetz lassen sich immer wieder auftretende steuerrechtliche Unsicherheiten  
 beenden sowie für Träger, Einsatzstellen und Freiwillige Rechtssicherheit, Übersichtlichkeit und eine  
 einheitliche Zuständigkeit  
 75 schaffen.

### **Engagement Älterer zielgenau fördern**

Alle Generation brauchen passgenaue Engagementmöglichkeiten, neben Jugendlichen vor allem ältere  
 80 Menschen. Dazu ist der neue Bundesfreiwilligendienst jedoch kein hinreichender Weg. Bereits seit Jahren  
 werden Freiwilligendienste aller Generationen in Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen  
 gefördert. 2005 startete Rot-Grün das Bundesmodellprogramm "Generationsübergreifende  
 Freiwilligendienste", mit dem die Potenziale älterer Menschen erschlossen und durch Einbeziehung junger  
 und älterer Menschen das Miteinander der Generationen gestärkt werden sollten. Es kennzeichnete eine  
 85 hohe konzeptionelle Offenheit in Hinblick auf Zielgruppen, Einsatzfelder, Zeitformen und  
 Bildungsangebote. An dieses Modellprogramm knüpfen die seit 2009 bestehenden Freiwilligendiensten  
 aller Generationen an. Der zeitliche Umfang des geleisteten Engagements beträgt dabei mindestens acht  
 Stunden wöchentlich. Auch der geplante neue Bundesdienst soll älteren Menschen offen stehen,  
 allerdings mit einem Dienstumfang von mindestens 20 Wochenstunden. Wir halten auch hier die  
 90 Doppelstruktur zu den bestehenden Diensten für fragwürdig, bezweifeln die Orientierung an den  
 Bedürfnissen älterer Menschen und sehen die Arbeitsmarktneutralität gefährdet. Stattdessen wollen wir  
 die Verstetigung der Programme, um das Engagement Älterer zielgenau zu fördern und den Dialog sowie  
 das Miteinander der Generationen zu stärken.

Wir Grüne wollen Freiwilligendienste weiter ausbauen, ihre Quantität, Qualität und Attraktivität steigern,  
 95 auf allen Ebenen bürgerschaftliches Engagement stärken und damit eine neue Kultur der Freiwilligkeit  
 sowie die aktive Bürgergesellschaft befördern.